

AUSGABE OKTOBER 2006

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

A photograph showing a group of people in an office environment. In the foreground, the backs of several people's heads and shoulders are visible as they look towards a computer monitor. A man in a dark shirt is leaning over the desk, looking at the screen. The office has a window with a plant, a red desk lamp, and various office supplies on the desk.

**Mehr Raum für
Ausbildung**

Seite 6

Alles Gute kommt von oben: EOSS

Mehr Raum für Ausbildung



Seit Jahren hat ver.di die katastrophale Personalausstattung in den Finanzämtern kritisiert. Nun scheint die Talsohle erreicht, denn für die kommenden Jahre hat Finanzsenator Sarrazin steigende Einstellungskorridore für die Übernahme von Anwärtern zugelassen. Wir hatten immer wieder deutlich gemacht, dass nur so der Kollaps der Finanzämter zu verhindern ist.

Auch in den nächsten Jahren muss die natürliche Fluktuation in den Finanzämtern ausgeglichen werden. Das ist nur zu erreichen, wenn genügend gut ausgebildete Steuer- und FinanzanwärterInnen erfolgreich ihre Prüfungen ablegen.

In den letzten Jahren gab es nur sehr wenige Anwärterinnen und Anwärter in den Finanzämtern. Dadurch verschwanden die in früheren Jahren ganz selbstverständlichen Ausbildungsaufgaben aus dem Arbeitsalltag und damit auch aus dem Gedächtnis, denn die meisten Kolleginnen und Kollegen hatten mit der Ausbildung nur sehr wenig zu tun.

In diesem Herbst wird sich die Situation erheblich ändern, denn zum 1.9.06 haben 50 SteueranwärterInnen, zum 1.10.06 sogar 185 FinanzanwärterInnen ihre Ausbildung begonnen. Und in den nächsten Jahren erwarten wir vergleichbar große Ausbildungsjahrgänge.

Damit ist die Berliner Steuerverwaltung inzwischen nicht nur einer der größten Ausbildungsbetriebe der Stadt, es wird auch dazu führen, dass in jedem Berliner Finanzamt künftig wieder 30 bis 40 AnwärterInnen auszubilden sind. Dies muss in unserem eigenen und natürlich vor allem im Interesse der jungen Leute auf einem hohen Niveau erfolgen, denn die meisten von

ihnen werden unsere Kolleginnen und Kollegen von morgen sein.

Leider scheint sich die Senatsverwaltung für Finanzen bisher viel zu wenig mit der geänderten Situation befasst zu haben. Gute Ausbildung ist aber nicht nebenbei möglich. Anwärterinnen und Anwärter brauchen ausreichend Platz, genügend Zeit, gut geschulte Ausbilderinnen und Ausbilder und vernünftiges Arbeitsmaterial, damit eine erfolgreiche Ausbildung erfolgen kann. Es macht keinen Sinn, AnwärterInnen am „Katzentisch“ unterzubringen und ihnen hin und wieder über die Schulter den Blick auf den Bildschirm zu gestatten. Jede Anwärterin und jeder Anwärter muss bei der heutigen Arbeitsgestaltung in den Finanzämtern einen verlässlichen Zugang zum PC erhalten. Es ist weder ihnen noch den Kolleginnen und Kollegen, die Ausbildungsaufgaben übernehmen, zuzumuten, den Arbeitsplatz-PC im Wechsel zu nutzen. Den Finanzämtern sind daher in ausreichender Zahl voll ausgestattete PC-Arbeitsplätze für die praktische Ausbildung zur Verfügung zu stellen.

Ausbildung muss wieder als Teil unseres Berufsalltags wahrgenommen werden. Dazu gehört, dass sich nicht nur auf den Ausbildungsplätzen Zeit genommen wird für unseren Nachwuchs. Erläuterungen der Arbeitsweisen, Einblicke in die Organisation des jeweiligen Arbeitsplatzes, Einweisungen in die Computerbedienung, in die Programme und Verfahren, Kontrolle der Arbeitsergebnisse und „Nachhilfe“ bei Wissenslücken oder Unsicherheiten brauchen Zeit, und die sollten wir uns trotz aller Arbeitsbelastung nehmen. Wer immer nur auf die Statistik schielt, bringt sich auch um eine Menge Spaß, die Ausbildung machen kann. Junge Leute bringen frischen Wind auf die Arbeitsplätze, sind unbekümmerter und in der Regel noch nicht durch den Alltag im Finanzamt „verdorben“. Da werden schon mal andere Arbeitsweisen vorgeschlagen oder die eingefahrenen Wege in Frage gestellt. Und vielleicht kann man sich ja von der Jugend den einen oder anderen Trick in Zusammenhang mit dem Kollegen Computer abgucken.

Wir werden nachdrücklich fordern, dass der steigende Ausbildungsaufwand bei der Personalbedarfsberechnung angemessen berücksichtigt wird, und so die für eine gute Ausbildung benötigten Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Wir Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft ver.di freuen uns jedenfalls auf unsere Neuen und heißen Sie an dieser Stelle **Herzlich Willkommen!**

Die vau und weitere
Informationen und
Links können Sie bei
www.vau-online.de
einsehen.

Arbeitnehmer nicht für dumm verkaufen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Gesetzesinitiativen der Koalitionsregierung lassen einen als Arbeitnehmer wütend werden. Wir erinnern uns alle noch an die Sonntagsreden über eine Senkung der Lohnnebenkosten. Statt dessen steigt der Beitrag zur Krankenversicherung nur noch weiter. Die Änderungen der Steuergesetze begünstigen einseitig die Kapitaleigner und erhöhen die Belastungen für die Arbeitnehmer. Die Steuersätze für Kapitalgesellschaften sollen gesenkt werden; die Pendlerpauschale wird größtenteils gestrichen, und der Sparerfreibetrag wird halbiert. Für Kapitalerträge soll eine Abgeltungssteuer von zuletzt nur noch 25 Prozent gelten, während Arbeitseinkommen der vollen Progression unterliegen. Und nicht genug damit, zum 1.1.2007 wird auch noch die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 19 Prozent ein weiteres Loch in die Taschen der Arbeitnehmer reißen.

Hier sehen und spüren wir alle das Ergebnis der öffentlichen Meinungsmache, Arbeitnehmer in Deutschland würden nicht genug leisten und viel zu hohe Gehälter erhalten. Doch der Griff in

die Taschen der Beschäftigten ist nicht gerechtfertigt. Sie finanzieren schon längst in unserem Gemeinwesen fast sämtliche öffentlichen Ausgaben, denn Umsatz- und Lohnsteuer stellen unbestritten den größten Einnahmeposten in den öffentlichen Haushalten dar. Hier noch mehr abzuschöpfen heißt nichts anderes, als denen, die schon am meisten für die Allgemeinheit leisten, noch tiefer in die Tasche zu greifen und die Inlandsnachfrage weiter abzuwürgen.

Der einzelne Arbeitnehmer kann sich dagegen kaum wehren. Nur durch den Zusammenschluss in Gewerkschaften können Arbeitnehmerinteressen wirkungsvoll vertreten werden. ver.di hat dazu klare steuerpolitische Positionen. So fordern wir die Wiedereinführung einer Vermögensteuer, die kleine Vermögen unangetastet lässt, Leute mit großen Vermögen jedoch zur Kasse bittet, damit wenigstens einmal nicht die Arbeitnehmer die Dummen sind ... Wir treten für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftsteuer ein und wenden uns gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer.

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel
Vorsitzender der
Fachkommission
Steuerverwaltung
ver.di Berlin



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, z. Hd. Michael Peters, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Ich möchte Mitglied werden ab _____
Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname _____ Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____

Telefon (privat/dienstlich) _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Krankenkasse _____

Nationalität _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten:

- Arbeiter/in Angestellte/r
 Beamter/in DO-Angestellte/r
 Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

- Vollzeit
 Teilzeit _____ Anzahl Wochenstnd.
 Arbeitslos
 Wehr-/Zivildienst bis _____
 Azubi - Volontär/in - Referendar/in bis _____
 Schüler/in - Student/in bis _____
 Praktikant/in bis _____
 Altersteilzeit bis _____
 Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer _____

Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

Ich bin Meister/in - Techniker/in - Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Mitgliedsnummer _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren bzw. im Gehalts-/Lohnabzug

- monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich einzuziehen.

Name des Geldinstituts, in Filiale _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name des Kontoinhabers _____

Datum / Unterschrift des Kontoinhabers _____

Tarifvertrag _____

Tarifliche Lohn- bzw. Gehaltsgruppe
lt. Tarifvertrag _____

Tätigkeits-/Berufsjahr _____

Bruttoeinkommen _____

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 Prozent des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 Prozent des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt 2,50 Euro monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfempfänger/innen beträgt der Beitrag 2,50 Euro monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.



Wir laden die neuen KollegInnen – und wenn die Kapazitäten ausreichen auch gerne AnwärterInnen früherer Jahrgänge – zu einem Einstiegsseminar zum Thema „Beamtenrecht und Interessenvertretung“ am 31.10.2006 ein. Dieses Seminar soll Dir einen Einblick in Deine Rechte und Pflichten als

Beamter/in geben und Dir den Start in unserer Verwaltung erleichtern. Wir würden uns freuen, Dich dort kennen zu lernen. Bei Interesse oder Fragen wendet Euch telefonisch an Francisca Bier: 9027-2091 oder per E-Mail an: jugend@vau-online.de.



Nadine Lichhorn
Vorsitzende GJAV

Liebe KollegInnen, liebe AnwärterInnen,

es scheint, dass unseren Forderungen Rechnung getragen wird ... Die Verwaltung und die Politik haben die immer dünner werdende Personaldecke der Finanzämter endlich zur Kenntnis genommen und reagiert. Der Startschuss dafür wurde durch die Festlegung eines Einstellungskorridors über das Jahr 2008 hinaus gegeben. Dieser sieht vor, dass im Jahr 2007 130 neue KollegInnen und in den Jahren ab 2008 sogar jeweils 200 neue KollegInnen in unseren Finanzämtern einen festen Platz erhalten sollen.

Um diese Stellen dann auch besetzen zu können, hat die Senatsverwaltung für Finanzen entschieden, in diesem Jahr 50 SteueranwärterInnen und 185 FinanzanwärterInnen einzustellen.

Wir freuen uns sehr, unsere neuen KollegInnen in den Berliner Finanzämtern willkommen zu heißen: Wir wünschen euch allen einen guten Start, viel Kraft und Durchhaltevermögen für die Zeit eurer Ausbildung.

Sozusagen im Nachgang zur Verlagerung der fachtheoretischen Ausbildung des gehobenen Dienstes an die Fachhochschule Königs Wusterhausen im Jahr 2002 wurden nun auch die AnwärterInnen des mittleren Dienstes in einer „Hau-Ruck-Aktion“ an die Fachhochschule Königs Wusterhausen geschickt.

Dies kritisieren wir zwar stark, hatten leider aber keinen Einfluss auf diese Entwicklung. Die politische Entscheidung des Senators, die Ausbildung des mittleren Dienstes nach Brandenburg zu verlegen, ist nicht mehr umkehrbar. Jetzt heißt es, nicht den Kopf in den

Sand zu stecken und zu jammern, sondern das Beste aus der neuen Situation zu machen.

Wir, als ver.di-Jugendgruppe, beschäftigen uns inzwischen seit drei Jahren mit den Ausbildungsbedingungen unserer AnwärterInnen in der Fachhochschule Königs Wusterhausen. Auf unsere Initiative hin erfolgte im Jahr 2004 durch die GJAV eine Umfrage unter den Studierenden. Vielfältige Probleme wurden aufgezeigt. Daraufhin erarbeiteten wir einen Erfahrungsbericht für die GJAV, der die Grundlage für ein Gespräch zwischen Nadine Lichhorn, Francisca Bier und André Knoblauch (alle GJAV) und Herr Skrodzki, Frau Manegold und Frau Stopperka (alle Senatsverwaltung für Finanzen) diente. Die KollegInnen der Senatsverwaltung zeigten sich sowohl interessiert wie auch offen für unsere Kritik und Änderungsvorschläge. Wir haben die Verwaltungsvertreter aufgefordert, gemeinsam mit uns an der Beseitigung der aktuellen Probleme und neu auftretenden Schwierigkeiten zu arbeiten.

Die ver.di-Jugendgruppe sucht immer engagierte, junge KollegInnen, die daran interessiert sind, ihre Ausbildung selbst in die Hand zu nehmen und sich nicht dem Trott der Verwaltung hinzugeben.

Also, wenn Du Lust hast mitzumachen oder Fragen hast, schreib uns einfach eine E-Mail an: jugend@vau-online.de

Auswahlentscheidungen bleiben demokratisch

Die wichtigsten Voraussetzungen für ein anerkanntes Personalauswahlverfahren sind die zeitnahe Stellenausschreibung und eine sich unmittelbar anschließende transparente Personalauswahl. Denn angesichts der Stelleneinsparungen und des zusätzlichen Haushaltswartjahres ist ein gerechtes und zügiges Auswahlverfahren für die Motivation der Kolleginnen und Kollegen von besonderer Bedeutung.

Das bisherige Personalauswahlverfahren im Bereich der Berliner Steuerverwaltung mit den von Verwaltungs- und Personalratsseite paritätisch besetzten Personalauswahlkommissionen hatte sich bewährt und war einmalig in der Berliner Verwaltungslandschaft. Dennoch wurde häufig Kritik geübt, weil der Zeitraum zwischen dem Freiwerden einer Stelle und der Wiederbesetzung unzumutbar lang war.

Mit den geänderten Vorschriften des Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetzes und mit den neuen Beurteilungsrichtlinien stand jetzt das Personalauswahlverfahren auf dem Prüfstand der Verwaltung. ver.di hat sich unmissverständlich für die Beibehaltung des bestehenden Verfahrens ausgesprochen und seine Anpassung an die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen verlangt. Vor allem die Sicherung einer überörtlichen Personalauswahl unter Beteiligung der Personalräte für alle ausgeschriebenen Stellen war für uns besonders wichtig. Auch der GPR hatte diese Auffassung uneingeschränkt vertreten.

Die Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) hingegen wollte ursprünglich nur noch Stellen des höheren Dienstes und Stellen für SachgebietsleiterInnen im gehobenen Dienst überörtlich auswählen. Und auch die meisten VorsteherInnen wollten ihre Hausmacht stärken und sprachen sich für ein dezentralisiertes Auswahlverfahren ohne überörtliche Gremien aus.

SenFin macht Kehrtwendung

Nun hat die Senatsverwaltung für Finanzen ihre Überlegungen offen gelegt. ver.di hat sich mit ihren Argumenten weitgehend durchgesetzt.

Zukünftig sollen die Auswahlentscheidungen zwar zunächst auf Finanzamtsebene vorbereitet werden. So-

fern dann aber zwischen Amtsleitung und Personalrat oder zwischen dem Finanzamt und SenFin keine Einigung über eine Auswahlentscheidung erzielt werden kann, soll ein Gremium, das genauso wie die bisherige Personalauswahlkommission paritätisch zusammengesetzt ist, einen Entscheidungsvorschlag machen. Neben der örtlichen Frauenvertreterin sollen nun auch die Gesamtfrauenvertreterin und wie bisher die Gesamtschwerbehindertervertretung an diesem Vorschlag beratend beteiligt sein.

Das bedeutet, dass im Grunde keine Änderung erfolgen wird, denn auch in der Vergangenheit gab es die so genannte stille PAK, wenn sich örtlicher Personalrat, Vorsteher und SenFin hinsichtlich der Auswahlentscheidung einig waren. Die Senatsverwaltung verlangt eine schriftliche Begründung des jeweiligen örtlichen Stellenbesetzungsvorschlages.

Stellenausschreibungen sollen übrigens künftig laufend im Fachinfo veröffentlicht werden. Die Auswahlentscheidungen sollen zeitnah nacheinander erfolgen.

Mit dieser Regelung würde den Forderungen von ver.di und dem Gesamtpersonalrat zur Zukunft der Personalauswahl in allen wesentlichen Punkten entsprochen. Denn die Senatsverwaltung hat ein Verfahren vorgeschlagen, das weiterhin eine überörtliche Gerechtigkeit bei der Personalauswahl sicherstellt und für die Beschäftigten transparent und nachvollziehbar ist. Nur wenn Meinungsverschiedenheiten bei der Personalauswahl vor Ort oder zwischen dem Finanzamt und SenFin auftreten, wird das Erörterungsgremium schlichtend tätig. Seine paritätische Zusammensetzung gewährleistet ein großes Maß an Gerechtigkeit durch den Einfluss der Personalvertretungen.



Alles Gute kommt von oben

SenFin will EOSS ab 2008 einführen

Die Evolutionär orientierte Steuer-Software, kurz EOSS, sorgt bereits seit einiger Zeit für Unruhe in den Berliner Finanzämtern, obwohl oder vielleicht gerade weil nur wenige wissen, was sich wirklich dahinter verbirgt. Die „neue“ Software für die Berliner Finanzämter wurde vom Freistaat Bayern entwickelt und sukzessive von anderen Bundesländern übernommen. In Berlin soll sie das bislang eingesetzte Verfahren VERBIS zum 1. 1. 2008 ablösen.

Die derzeit einzige öffentliche Informationsquelle zu EOSS ist die im Fachinfo (Organisation/Inhaltsverzeichnis/EOSS-Verfahren/Präsentation) eingestellte Präsentation, die den VorsteherInnen der Berliner Finanzämter von SenFin vorgeführt wurde und die nicht mehr als einen groben Überblick bietet. Was über EOSS zu erfahren ist, sieht auf den ersten Blick übrigens gar nicht so schlecht aus. Die im EOSS-Verbund zusammengesetzten Bundesländer sollen technisch dieselben Verfahren und organisatorisch weitgehend dieselben Abläufe mit nahezu identischer Hardware erhalten. EOSS soll nur im Hintergrund laufen. Auf dem Bildschirm soll es eine Desktop-Ansicht geben, die sich an Windows orientiert, und von hier aus sollen alle Programme genutzt werden können, ohne dass man immer wieder die Steuernummer eingeben muss. Aus Sicht von ver.di ist es jetzt dringend erforderlich, die Beschäftigten in den Finanzämtern über die bestehenden Planungen und das neue Verfahren umgehend und umfassend zu informieren. Später sollten sie in Praxisbeiräten in die Entwicklung einbezogen werden.

Herr Plock hat am 6.9.2006 ein an alle Beschäftigten in den Berliner Finanzämtern gerichtetes Schreiben im Fachinfo veröffentlicht, dem zu entnehmen ist, dass wegen des geplanten Einsatzes von EOSS die vorhandenen Ressourcen im IT-Bereich auf den Funktionserhalt der laufenden Automationssysteme und die Umstellungsarbeiten zu konzentrieren seien. Das heißt im Klartext, dass die Beschäftigten mit allen Unzulänglichkeiten der bestehenden Verfahren und Programme leben sollen, bis EOSS wirklich läuft. Und schon heute werden Zweifel laut, ob der Termin zum 1. 1. 2008 überhaupt gehalten werden kann. Eine Verbesserung der laufenden Verfahren soll es nicht mehr geben, und Qualitätsvorschläge der Beschäftigten zu den IT-Verfahren werden nicht mehr bearbeitet. Dabei sind die Programme, das wissen wir alle, an vielen Stellen verbesserungsbedürftig.

SenFin bezeichnet die bevorstehende Aufgabe selbst als beispiellos. Das heißt für ver.di, dass dann auch personelle Ressourcen in einer beispiellosen Anzahl zusätzlich zur Verfügung gestellt werden müssen. Wir fordern SenFin auf, die bisherigen Verfahren solange angemessen zu betreuen und zu entwickeln, bis eindeutig feststeht, ob, wann und wie EOSS in den Finanzämtern ans Netz gehen kann. Qualitätsvorschläge gehören in die Umsetzung und nicht in den Papierkorb.

Wir erwarten von SenFin, dass mit EOSS eine echte Arbeitserleichterung in die Finanzämter Einzug hält. ver.di wird die Umstellung auf das neue Verfahren genau beobachten und kritisch begleiten.



Es gibt sie wirklich, die Verfahren auf der außergewöhnlichen Tastatur unseres letzten Titelfotos, und zwar alle. Wer mehr wissen möchte über AUMiAu, PaBSt und ELSTER findet auf www.vau-online.de das komplette Abkürzungsverzeichnis unserer Tastatur.

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di,
Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
Verantwortlich für den Inhalt: Michael Peters, michael.peters@verdi.de
Redaktion: Klaus-Dieter Gössel,
Jörg Bewersdorf, Daniela Ortmann
Layout: Manfred Schultz
Herstellung: tableau GmbH
www.verdi.de
www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06
www.bb-verdi.de
www.seitenweise-verdi.de
Leserbriefe an: info@vau-online.de



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Das Kombi kommt

SenFin ordnet die Einführung von Kombi-Sachgebieten bis 2010 an

Die Würfel sind gefallen: Alle Finanzämter mit regionaler Zuständigkeit sollen nach dem Willen der Senatsverwaltung für Finanzen bis spätestens 2010 Kombi-Sachgebiete einführen. Lediglich als Zwischenschritte werden noch die Bildung von Sachgebieten Festsetzung und Erhebung geduldet.

Mit ihrer Entscheidung setzt sich die Senatsverwaltung für Finanzen über die weitaus überwiegende Mehrheit der Betroffenen in der Berliner Steuerverwaltung hinweg: die Beschäftigten, die Vorsteherinnen und Vorsteher, den Gesamtpersonalrat und die anderen Interessenvertretungen.

Die Gewerkschaft ver.di hatte im Jahr 2002 den Wunsch der Finanzämter Spandau und Treptow/Köpenick, auf freiwilliger Basis Kombi-Sachgebiete einzurichten, ausdrücklich unterstützt. Weil diesen beiden Ämtern hinsichtlich der Kombi-Strukturen freie Hand durch die damalige OFD Berlin gelassen wurde, sahen wir darin eine Möglichkeit, die Arbeitszufriedenheit in den Finanzämtern zu verbessern.

Gutsherrenart statt moderne Verwaltungsreform

In der Folgezeit ist es der Senatsverwaltung für Finanzen trotz intensivster Anstrengungen nicht gelungen, eine nennenswerte Unterstützung für das „Projekt Kombi-SG“ bei den Beschäftigten der Berliner Steuerverwaltung zu erreichen. Weder die Vorträge in Vorsteherbesprechungen noch die Gespräche mit den Amtsleitungen und den örtlichen Personalräten vor Ort konnten eine breite Akzeptanz für die Umstellung auf Kombi-Sachgebiete bewirken. SenFin hat es schlicht versäumt, die Beschäftigten aber auch die Amtsleitungen bei diesem Veränderungsprozess mitzunehmen. Das wäre nach unserer Überzeugung aber Voraussetzung für einen erfolgversprechenden Veränderungsprozess. Entscheidungen nach Gutsherrenart durchzusetzen bringt keine Motivation, sondern führt zu Widerstand oder Resignation!

Wir sind der Überzeugung, dass Entscheidungen von dieser Tragweite nicht gegen die Mehrheit der Beschäftigten getroffen werden dürfen, sondern nur mit ihnen.

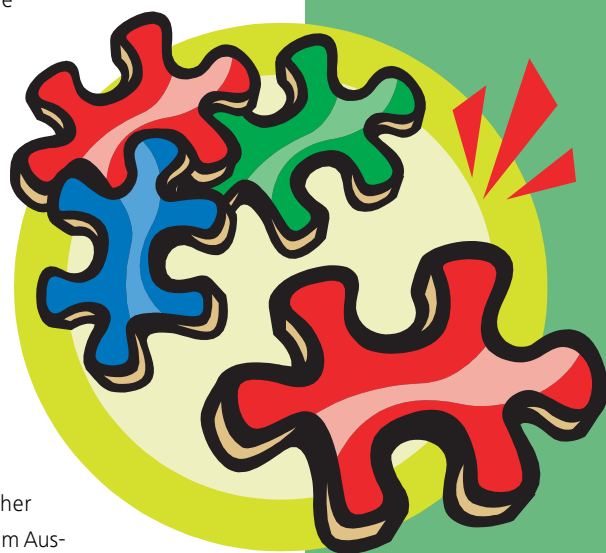
Aus Sicht von ver.di wäre es völlig ausreichend gewesen, den Finanzämtern, die noch keine Umstellung auf das Kombi-SG wollen, jetzt erst einmal die Möglichkeit einzuräumen, Erfahrungen mit dem Sachgebiet Erhebung und dem Sachgebiet Festsetzung zu sammeln.

Bereits die Bildung des Sachgebiets Erhebung war für viele Ämter ein erheblicher Kraftakt. Er war notwendig, um Ausgliederung der Finanzkassen und deren Fusion mit anderen Berliner Kassen zu verhindern, denn nur so konnte die Abschiebung der Hälfte des Kasenpersonals in den Stellenpool vermieden werden.

Unabhängig davon, ob zunächst das Sachgebiet Festsetzung oder gleich die flächendeckende Einführung des Kombi-Sachgebietes erfolgt, wir brauchen einen geänderten Stellenplan. ver.di fordert die Senatsverwaltung auf, endlich ihre Hausaufgaben zu machen, und die Stellenpläne den Erfordernissen der Zukunft anzupassen, denn wenn der Anteil höherwertiger Tätigkeiten im Sinne des Tarifvertrages für Angestellte (BAT/BAT-O) zunimmt, müssen auch mehr höherwertige Stellen zur Verfügung gestellt werden!

Trotz der politischen Entscheidung der Senatsverwaltung für Finanzen für das Modell Kombi-Sachgebiet und damit gegen das Modell Sachgebiet Festsetzung und Sachgebiet Erhebung, wird sich ver.di auch zukünftig an der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen in den Finanzämtern beteiligen.

ver.di ist bereit, in der neu einzurichtenden SenFin-Arbeitsgruppe mitzuarbeiten, die den weiteren Umstellungsprozess in den Finanzämtern begleiten und entsprechende Konzepte bzw. Maßnahmen entwickeln soll. Wir wollen und werden die Umstellung der Organisation in den Finanzämtern im Sinne der Beschäftigten auch in Zukunft beeinflussen.



Sachbearbeiterin D. bewirbt sich – aussagekräftig

Erster Entwurf (nicht abgeschickt)

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit bewirbe ich mich um die am 24.5.2006 ausgeschriebene Stelle einer qualifizierten Sachbearbeiterin Rechtsbehelfsstelle im Finanzamt Hellersdorf / Marzahn. Ich wurde nach meiner Prüfung, die ich im Februar 1996 abgelegt habe, zunächst für zwei Jahre als Sachbearbeiterin in der Vollstreckungsstelle eingesetzt und durfte dann in die Veranlagungsstelle wechseln. Seit mehr als 8 Jahren habe ich den jährlichen Ablauf auf einem V-Platz „genießen“ dürfen: Erklärungen bearbeiten, Rb-Statistik, IZ-Liste, Schätzungsläufe, AdV-Listen, Jahresendstress, wenn mögliche Verjährungen zu verhindern waren, wieder Steuererklärungen veranlagern ... Seit 1996 gefiel es meinem Dienstherrn, mich zunächst nur als Zeitangestellte zu behalten, dann durfte ich die vollen 5 Jahre Probezeit „auskosten“, bevor ich endlich die Weihen einer „Beamtin auf Lebenszeit“ erhielt. In meiner Probezeit gefiel es wiederum meinem Vorsteher, mich auf verschiedenen V-Plätzen einzusetzen, „... weil Sie so gut die Statistik aufbessern können!“. Befördert wurde ich immerhin einmal und zwar zum 1.12.02 zur Steueroberinspektorin. In unserem Amt gibt es eine Überhangsituation bei A 11, also kann mir mein Vorsteher trotz guter Beurteilung „... leider gar

nichts versprechen“. Bei der Anlassbeurteilung konnte er mir „wegen der Quote, das müssen Sie verstehen, da bin ich an Absprachen gebunden“ ... nur ein „C“ am so genannten oberen Rand geben. Meine Zukunft in der Veranlagung sieht so aus, dass ich bei steigendem Statistikdruck und fortschreitender Automation immer schneller immer mehr immer schlampiger veranlagern werde, um endlich eine durchweg gute Beurteilung zu erhalten. Mein Fachwissen geht dabei schleichend verloren, meine Motivation ist eh schon im Eimer. Also bewirbe ich mich auf die Stelle der qualifizierten Sachbearbeiterin in der Rb-Stelle, weil ich aus der Veranlagung einfach nur noch raus will. Ob ich für die Rb-Stelle wirklich geeignet bin, weiß ich nicht, aber es wäre endlich mal was anderes! Ich will auch mal wieder in Ruhe einen Fall durchdenken und mein Fachwissen richtig anwenden können. Und weil man dort durch die Gerichte fremdbestimmter ist, kann der Statistikdruck auch nicht so hoch sein. Dafür nähme ich sogar einen längeren Fahrtweg zur Arbeit in Kauf und den Nachteil, dass ich in dem neuen Amt niemanden kenne.

Ich hoffe auf positive Nachricht!
Mit freundlichen Grüßen
D.

Reinentwurf (aussagekräftig)

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit bewirbe ich mich auf die beim Finanzamt Hellersdorf / Marzahn ausgeschriebene Stelle einer qualifizierten Sachbearbeiterin Rechtsbehelfsstelle-Veranlagung.

Ich war nach meiner Prüfung im Februar 1996 zunächst in der Vollstreckungsstelle und seit 1998 in der Veranlagungsstelle tätig, zunächst als zusätzliche und seit 1999 als verantwortliche Sachbearbeiterin. In diesen Jahren habe ich alle Facetten und Herausforderungen der Arbeit in dieser interessanten Abteilung kennen gelernt und mich ihnen auch immer gut gewachsen gezeigt. Auf meine beiliegenden Beurteilungen, die bisher mit „besonders bewährt“ enden, weise ich hin. Die Anlassbeurteilung weist in der Gesamteinschätzung ein „C“ mit einigen Einzelmerkmalen aus dem „B“-Bereich aus.

Die Arbeit in der Rechtsbehelfsstelle reizt mich durch die Tatsache, dass ich dort fundierte Rechtsanwendung betreiben kann. Meine Fähigkeit, effizient zu arbeiten, wird mir sicherlich von Nutzen sein, damit ich auch dort die anfallenden Arbeiten zeitnah erledigen kann.

Ich hoffe auf einen positiven Bescheid.
Mit freundlichen Grüßen
D.